

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinst täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelbestellung monatlich 2 M., bei unter Vorbehalt zugestanden in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 7 M. mit Zustellungsgeld. Alle Postgebühren und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle Abbruch, Krieg oder sonstiger Verhältnisse können wir uns vorbehalten, den Preis der Zeitung oder die Bedingungen der Abrechnung zu ändern.



Inserentenpreis: 2 M. für die 6 gelbste Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 3 spaltige Korpuszeile 2 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gelbste Korpuszeile 2 M. Nachweisungsgebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormitags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenspruch erfolgt, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostzen.

Verleger und Drucker: Arthur Fichante in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inzerentenstell: Arthur Fichante, beide in Wilsdruff.

Nr. 136

Mittwoch den 14. Juni 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der 17. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung für die Stadt Wilsdruff vom 26. April 1922, Erhebung eines Zuschlags zur Grundsteuer betr., hat die oberbehördliche Genehmigung gefunden.

Der Nachtrag liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang in der Ratskanzlei (Zimmer 14) aus.

Wilsdruff, am 10. Juni 1922.

2703

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die Pariser Bankierkonferenz erklärte das Scheitern der Anleihepläne für Deutschland als lediglich durch den Widerspruch Frankreichs verursacht.

Reichspräsident Ebert traf in München ein. Bei der Begrüßung durch die Staats- und Stadtschörden wurden die Einheit Deutschlands betonende Reden gehalten.

Im Reichstagsgebäude fand eine Kundgebung deutscher und französischer Friedensanhänger zur Verständigung der beiden Völker statt.

Die Bergarbeiter im westlichen Kohlenrevier lehnten das vorgeschlagene Abkommen über Kohlenzöl und Überschichten ab.

In Königsberg i. Pr. kam es bei dem Besuch Hindenburgs zu einem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Demonstranten gegen die Feier, wobei ein Mann getötet und andere verletzt wurden.

Aber Stadt- und Landkreis Ratibor in Oberschlesien ist infolge des Polensturz ebenfalls der Belagerungszustand verhängt worden.

Der englische Botschafter überreichte in Paris eine Note, in der entschiedener Einspruch gegen die von der französischen Politik betriebene Verhinderung der Haager Konferenz erhoben wird.

Die Verantwortlichen.

Die Pariser Bankierkonferenz ist nicht auseinandergegangen, ohne der Welt die Gründe für die Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen um das Zustandekommen einer reinen Anleihe in aller Ausführlichkeit und auch in aller Deutlichkeit auseinandersetzen. Das Schriftstück, in dem dies geschieht, muß für alle Zukunft als eine wichtige Unterlage für die Beurteilung unserer Zustände in Europa, wie sie sich in den Augen rein sachlich und wirtschaftlich denkender Fachleute widerspiegeln, festgehalten werden. Es kann vor allen Dingen der deutschen Regierung — jeder deutschen Regierung — als ungemein wertvolle Waffe gegen den unverbesserlichen Wahnsinn französischer Erfüllungspolitik dienen, deren ganzes Glaubensbekenntnis in dem Dokument von Versailles besiegelt ist. Beide Dokumente schließen sich in Grunde genommen gegenseitig aus. Das eine wie das andere auf französischem Boden erwachsen ist, könnte beinahe als der Humor dieser ganzen ungemein traurigen Leidensgeschichte bezeichnet werden.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Die Mächte, die über die Goldschätze der Welt zu gebieten haben, wären an sich imstande und bereit, eine große Reparationsanleihe zugunsten der Alliierten an Deutschland zu bewilligen, nicht weil sie unmittelbar Gewinn aus einem solchen Unternehmen suchten, sondern weil sie einsehen, daß das Wohlergehen der Vereinigten Staaten mit demjenigen der Alliierten und die Wiederherholung der Alliierten von den Nachwirkungen des Krieges unauflöslich mit der Wiederherstellung Deutschlands verknüpft ist. Es liegt ihnen fern, sich irgendwelche politische Rückschlüsse an die Regierungen zu erlauben, aber alle wirtschaftlichen Fachmänner müssen sich sagen, daß bei unverändertem Fortbestehen der Reparations- wie der Kriegsschuldenverpflichtungen die finanziellen Voraussetzungen für einen solchen Teilungsversuch nicht gegeben sind. Nur wenn die Regierungen sich entschließen könnten, ihrerseits aus dem wirtschaftlichen Stand der Dinge auch die entsprechenden politischen Folgerungen zu ziehen, könnten die Finanzschleusen zu einem positiven Abschluß ihrer Arbeiten gelangen. Da aber die hierzu notwendige Einigkeit unter den alliierten Regierungen nicht besteht, muß die Bankierkonferenz im Augenblick ihre Bemühungen einstellen. Sie tut dies nicht, ohne auf die ungemein gefährliche Kreditlage Deutschlands nachdrücklich hinzuweisen, und nicht ohne hinzuzufügen, daß diese Lage sehr bald katastrophal zu werden droht. Sie erklärt sich auch bereit, für den Fall, daß die Voraussetzungen für die Beschaffung einer großen Anleihe hergestellt wird, bis zu deren Verwirklichung dem deutschen Reich mit einem kleinen Anleihebetrag, also sagen wir einem Zwischenschritt, zuzuhilfen kommen. Aber die Verantwortung für die Zukunft Europas, wenn die von ihnen beklagte Liniarität unter den alliierten Regierungen unverändert fortwähre, weisen die Bankherren mit aller Deutlichkeit denjenigen Stellen zu, denen sie zukommt: den sogenannten Politikern, den sogenannten Staatsmännern an der Spitze der französischen Republik.

Das Echo dieser bemerkenswerten Kundgebung ist natürlich in England ein wesentlich anderes als in Frankreich. Die Franzosen fühlen sich mit vollem Recht vor der Welt bloßgestellt, während die Engländer nun doch nachgerade anfangen die Frage aufzuwerfen, ob sie denn rettungslos der französischen Sabotage gegen jede Möglichkeit einer wahren Friedenserstellung in Europa auszuliefert seien. Wir Deutschen müssen diesen Ausein-

andererungen mit verarmten Armen zusehen, außerstande, ihnen gegenüber eine aktive Rolle zu spielen und so die Lösung der Frage in unserem Sinne zu beschleunigen. Der Sommer wird darüber hingehen, bis — bestenfalls — eine neue Konferenz dieser oder jener Art in der alten oder in der neuen Welt noch einmal die Köpfe zusammenstecken wird. Was aber wird bis dahin aus der deutschen Wirtschaft geworden sein?

Reichspräsident Ebert in München.

München, 12. Juni.

Von Freundenstadt kommend traf heute früh Reichspräsident Ebert, der Einladung der bayerischen Regierung zum Besuch der Deutschen Gewerbeschau folgend, mit Sonderzug auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Zur Begrüßung des Reichspräsidenten hatten sich eingefundene Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, Landtagspräsident Königsbauer, der Minister des Äußeren Dr. Schweder, der in München weilende Reichsernährungsminister Dr. Fehr und andere hervorragende Persönlichkeiten der Landes- und Stadtverwaltung. Als der Reichspräsident mit den anderen Herren vom Bahnhof wegfuhr, machten sich einige Protestrufer bemerkbar, die aber von den Bewillkommungsgrüßen der Menge übertönt wurden.

Ansprache Graf Lerchenfelds.

Im Staatsministerium des Äußeren hielt Ministerpräsident Graf Lerchenfeld an den Reichspräsidenten eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Die letzten Jahre haben viele Erschütterungen, viele bange Stunden gebracht. Sie, Herr Reichspräsident, können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, zu einem wesentlichen Teil dazu beigetragen zu haben, die Schwärzgeister zu bannen und das schließliche Dach einer Verfassung über dem erschütterten Bau des Deutschen Reiches zu schlagen. Wir haben zu Ihnen das begründete Vertrauen, daß Sie, gestützt auf Ihren bewährten politischen Sinn und Ihre reiche Erfahrung, ihrerseits dazu beitragen werden, die festeren Wege unserer Verfassungslebens zu ebnen. Dies ist nicht die Stunde, um die bayerischen Wünsche im einzelnen zu erörtern, aber erlauben Sie mir als den Wortführer der vom Vertrauen der Wehrzahl des bayerischen Volkes getragenen Regierung der Erwartung Ausdruck zu geben, daß unsere von der Verfassung sanktionierten Hoheitsrechte, vor allem auf dem Gebiete der Verwaltung und der Justiz, mit Sorgfalt und Verständnis von Reich wegen gewahrt bleiben.

Reichspräsident Eberts Erwiderung.

Aus der Antwort des Reichspräsidenten, der zunächst auf den Anlaß zur Einladung, die Deutsche Gewerbechau, auf die auch Graf Lerchenfeld hingewiesen hatte, zu sprechen kam, sind außerdem hervorzuheben folgende Worte:

Sie, Herr Ministerpräsident, wissen, daß ich stets besonderen Wert darauf gelegt habe, persönlich gute Beziehungen zwischen der Leitung des Reiches und der Länder zu pflegen. Dies gilt in ganz besonderem Maße für das Verhältnis des Reiches zu Bayern, das als zweitgrößter Bundesstaat räumlich von der Reichshauptstadt entfernt, in mancher Beziehung andere Verhältnisse aufweist, wie die übrigen deutschen Länder. Zusammenarbeit, gegründet auf dem Boden gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens, Rührung vor einander, die dem andern Teil außer seinen verfassungsmäßigen Rechten auch da Gerechtigkeit werden läßt, wo sich die beiderseitigen Interessen und Wünsche entgegenstehen, sind die beiden Faktoren, die unerlässlich sind für die gemeinsame erfolgreiche Arbeit im Dienste unseres Vaterlandes.

Nach der Vorstellung der Minister und Staatsräte fuhr der Reichspräsident in den Landtag, wo er vom Landtagspräsidenten Königsbauer mit einer Ansprache begrüßt wurde. Der Landtagspräsident sagte, es sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit, als Präsident des bayerischen Landtages der bewußten und entschlossenen Gesinnung des bayerischen Volkes und seinem festen Willen zur Erhaltung der Einheit des Reiches Ausdruck zu verleihen.

Das Bewußtsein nationaler Einheit.

hob der Reichspräsident in seiner Antwort hervor, den Gedanken der unauflösbaren Gemeinschaft, die uns allein Macht und Stärke gebe, um zu helleren Tagen zu kommen. Er sagte noch u. a.:

Aber das Verhältnis des Reiches zu Bayern ist in den letzten Jahren gar viel gesprochen und geschrieben worden, ich meine, fast zu viel; über Einzelheiten und Tagesvermutungen wurde oft die fundamentalste Tatsache übersehen, über die wir alle eins sind: daß das Land Bayern einerseits als Mitglied des Deutschen Reiches — wie keine Verfassung sagt — fest an dieser Zusammengehörigkeit hält und kein ernstlicher Mensch in Bayern diese nationale Gemeinschaft zu verlassen denkt, und daß andererseits die im Reich maßgebenden politischen Kräfte durchaus nicht gesonnen sind, dem Lande Bayern und seinem so bodenständigen Volke die Selbständigkeit und die Befähigung seiner Eigenart zu versagen, auf die es nach der Entwicklung deutscher Geschichte und auch nach der Weimarer Verfassung Anspruch hat.

Später begab sich der Reichspräsident zur Ausstellung, wo er vom Ausstellungspräsidenten Scharvogel begrüßt wurde und einen Rundgang unternahm. Im Nachtclub wurde der Reichspräsident vom Oberbürgermeister Schmidt begrüßt, dankte in längerer Rede für den Empfang und vollzog eine Eintragung in das Gedenkbuch der Stadt München.

Einige Leute haben am Vortage des Eintreffens Eberts den Versuch gemacht, eine schwarz-rot-goldene Fahne am Bahnhof zu verbrennen, sie wurden aber durch die Polizei bei ihrem Beginnen gestört. Vor dem Hotel Continental, in dem der Präsident Wohnung nahm, fand zwischen Hochrufern und Protestlern eine Schlägerei statt, der die Polizei durch Festnahme von zwölf Personen ein Ende machte.

Zwiftigkeiten im Bergbaubetriebe.

Ablehnung der Überschichten.

Bochum, 12. Juni.

Wieder bereiten sich ernste Gefahren in den westlichen Kohlenrevieren vor. In der letzten Woche hatten Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit dem Zechenverband über ein neues Lohn- und Überschichtenabkommen stattgefunden, die zu einem gemeinsamen Vorschlag geführt hatten. Diesen Vorschlag hat nun die gestern hier abgehaltene Neberkonferenz der vier Bergarbeiterorganisationen mit 340 gegen 98 Vertreterstimmen abgelehnt.

Das Abkommen sah eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 25 Mark vor, davon 15 Mark aus Kohlenpreiserhöhung und 10 Mark aus dem Mehrerlös der Förderung durch Überschichten. Es sollten vier Stunden Mehrarbeit in der Woche geleistet werden. An den Verhandlungen beteiligten sich Reichsarbeitsminister Brauns und Reichswirtschaftsminister Schmidt. Die Vorkände der Gewerkschaften empfahlen Annahme des Vorschlags. In den Verhandlungen, die fünf Stunden dauerten, sprachen sich Vertreter aller Organisationen gegen das Abkommen aus. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes bedauerte ernstlich die Ablehnung und ermahnte zu strenger gewerkschaftlicher Disziplin; es dürfe nicht zu Putsch kommen. Im Saal wurden aufreizende Flugblätter verteilt.

Es handelt sich hauptsächlich darum, die deutsche Kohlenproduktion zu vermehren. Bisher wird eine gewisse Kohle bereits in Deutschland zu geringeren Preisen eingeführt, als wie sie in Deutschland verlangt werden. Wie Dr. Brauns ausführte, sei es aber volkswirtschaftlich nicht entscheidend, daß englische Kohle bei uns bereits billiger zu haben sei, als deutsche, sondern die Tatsache, daß die deutsche Fertigungsindustrie mehr für den Grundstoff Kohle zu bezahlen habe, als die englische. Die Summe, die für eingeführte Kohle in Deutschland bezahlt wurde, beträgt einschließlich Saarkohle 16 Milliarden. Rechne man diesen Betrag zu der Summe, die für die Mebreinfuhr bereits jährlich aufzubringen sei, so ergebe sich ein Betrag von annähernd 40 Milliarden Mark, die wir heute in unserer Volkswirtschaft mehr verzehren, als produzieren. Die Führer der Bergarbeiter wollen neue Verhandlungen mit dem Zechenverband führen.

Die Zusammenstöße in Königsberg.

Ein Toter, vier Verletzte.

Königsberg i. Pr., 12. Juni

Die Arbeiter- und Militärvereine aus den Bezirken Königsberg und Gumbinnen sowie die Studentenschaft und mehrere andere Männer und Frauenvereine hatten gestern zu Ehren des hier eingetroffenen Generalfeldmarschalls v. Hindenburg auf dem Dessauer Platz eine Kundgebung veranstaltet. Als dann Reichswehrruppen zu einer militärischen Parade anrückten, entstand ein Zusammenstoß mit den Teilnehmern einer Gegenkundgebung. In dem entstandenen Handgemenge wurden die Waffen gebraucht, und es wurden auch Schüsse abgegeben. Nach einer Mitteilung der Polizei ist eine Zivilperson durch Bajonettschüsse getötet, vier Demonstranten durch Oberoffiziersschüsse verwundet. Der Rückmarsch der Truppen vollzog sich ohne jede Reibung. An einer anderen Stelle kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militärvereinen und Protestlern, wobei es ebenfalls Verletzte gab.

Das Reichswehrministerium

erklärt, daß die dienstliche und außerdienstliche Teilnahme von Reichswehrangehörigen an Veranstaltungen von Ver-